

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.01.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Jahnke, Horst
Mecklenburg, Rico
Scheffel, Enno
Schulze, Kai-Uwe
Wessels, Johann

(ab 17:17 Uhr)

für Heidrun Burfeind

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Odinga, Hinrich

für Petra Orth

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

(bis 18:45 Uhr)

Fraktion DIE LINKE.

Graf, Wilfried

für Stephan-Gerhard Koziolk

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas
Lutz, Martin

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Mansholt, Dieter
Büsker, Wilhelm
Stomberg, Beate
Wegbänder, Martin

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Bolinius, Erich

(ab 17:35 Uhr)

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Slieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Slieter schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 gemeinsam zu beraten.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.11.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.11.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragt an, ob sich die Verwaltung beim Deutschen Fußballbund bezüglich einer Mitfinanzierung des Kickers Stadions erkundigt habe.

Herr Lutz entgegnet, erfahrungsgemäß würden Städte, in denen ein Profi-Fußballverein spiele, sich über den Deutschen Städtetag an den DFB hinsichtlich der Finanzierung wenden. Die Antwort sei in jeden Fall negativ gewesen, sodass sich eine Anfrage erübrige. Im Übrigen beabsichtige er, unter dem TOP „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ noch näher auf dieses Thema einzugehen.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 15/0887

Herr Lutz erklärt, in den vergangenen Jahren habe die Verwaltung zu der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation eine Vorlage fertigen können, da von allen Fraktionen gemeinsam die Vorschläge mitgeteilt worden seien. In diesem Jahr würde jedoch nur ein Vorschlag der Verwaltung und eine Fülle unterschiedlicher Vorschläge vorliegen,

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

die vom Fachdienst Finanzen und Abgaben getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufgelistet worden seien.

Herr Lutz stellt sodann einige haushaltsneutrale Änderungen vor, die sich bezüglich der organisatorischen Zuordnung von Aufgaben ergeben haben. Des Weiteren erläutert er die Neuveranschlagungen im Verwaltungshaushalt. Bei diesen Vorschlägen bitte er um die Zustimmung des Rates.

Weiter bemerkt Herr Lutz, er habe die Vorschläge, die aus den Fraktionen gekommen seien, in den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt unterteilt und erörtert kurz einige Positionen.

Er stellt fest, in der Aufsummierung sämtlicher vorgeschlagener Mehrbelastungen ergäbe dieses eine Summe von 231.200 € im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt eine Summe von 1.823.500 €, sodass sich eine Gesamtsumme von 2.054.700 € ergeben würde. Er habe Probleme, diese Summe darzustellen und bitte die Fraktionen, sich erneut zusammzusetzen und abzustimmen, um dann in der nächsten Verwaltungsausschuss-Sitzung eine Liste beschließen zu können, um dann zu einer möglichst einvernehmlichen Verabschiedung des Haushalts zu kommen.

Herr Ammersken bemerkt, es gäbe zwei Haushaltsvorschläge, die zur Diskussion stehen würden. Zum einen handele es sich um einen Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Zum anderen gäbe es einen Vorschlag der SPD-Fraktion von heute Morgen. Die anderen Vorschläge der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/die Grünen und DIE LINKE. seien in dem Vorschlag aller Fraktionen aufgegangen. Er stelle sich jetzt die Frage, wie man weiter vorgehen solle, denn der gemeinsam abgestimmte Antrag gelte nun nicht mehr.

Herr Bongartz stimmt Herrn Ammersken zu. Vertreter aller Fraktionen hätten gemeinsam diskutiert und ihre unterschiedlichen Vorstellungen eingebracht. Zeitlich sei es nunmehr etwas eng geworden, aber dieses Problem müsse gelöst werden. Seiner Meinung sei man schon ziemlich verantwortungsbewusst mit den Geldern umgegangen, um die Grenze möglichst nicht zu überschreiten.

Herr Renken bedauert, dass das gemeinsame Papier, welches von den Vertretern aller Fraktionen abgestimmt worden sei, am Montag wieder zurückgeholt worden sei. Er könne es nicht nachvollziehen, denn er habe Herrn Jahnke in der Vergangenheit immer als einen verlässlichen Partner in Finanzberatungen kennen gelernt und dieser werde es auch für ihn bleiben. Umso mehr sei er enttäuscht von dem, was Herr Lutz hier vorgetragen habe. Er appelliert an alle Fraktionen, sich erneut zusammzusetzen, um noch einmal eine möglichst gemeinsame Abstimmung zu erreichen.

Abschließend bittet Herr Renken Herrn Lutz, in die Gesamtsummen auch die wiederkehrenden Zahlen mit einzuberechnen.

Herr Jahnke führt aus, die SPD-Fraktion habe an dem einen oder anderen Punkt die Notwendigkeit gesehen, nachzubessern. Diese Punkte hätten aber nicht in der Gruppe die Zustimmung aller gefunden. Sicherlich hätte man über die Punkte gesondert abstimmen können. Er gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um ein Änderungsvolumen von 1,5 % des gesamten Haushalts handele. Wenn er sich nunmehr die Liste ansehe, würden sich die Punkte seiner Meinung nach in der Liste wiederfinden, sodass man sich nur noch über Nuancen unterhalten müsse.

Weiter erklärt Herr Jahnke, er begrüße es, dass es die Zielsetzung aller sei, den Haushalt doch größtenteils einvernehmlich zu verabschieden. Wenn am Ende dann noch einige wenige Punkte verbleiben sollten, könne man darüber gesondert abstimmen. Vor diesem Hintergrund schla-

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

ge er vor, Ende der Woche einen weiteren Termin einzuschieben, um möglichst vor dem Verwaltungsausschuss eine einvernehmliche Liste zu erarbeiten.

Abschließend bemerkt er, auch dürfte es kein Problem für die Verwaltung sein, einige kleine Punkte, die die Fraktionen unbedingt in die Liste mit aufnehmen möchten, im Hinblick auf das Gesamtvolumen des Haushalts umzusetzen.

Herr Lutz bezieht sich auf die Frage von Herrn Renken hinsichtlich der fortlaufenden Kosten. So sei davon auszugehen, dass überall dort, wo Personalkosten dahinterstehen würden, es sich nicht um eine einjährige Bezuschussung handele. Auch bei Einrichtungen wie z. B. Elterntreff der Emsschule werde es zu Kosten für die Folgejahre kommen. Wenn er die Summe im Verwaltungshaushalt grob addiere, komme er auf ca. 160.000 €.

Bezüglich des allgemeinen Verfahrens würde er es begrüßen, wenn die Fraktionen zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen würden, sodass die Verwaltung für den Verwaltungsausschuss am kommenden Montag eine Änderungsvorlage erstellen könne. Er würde es befürworten, wenn diese Vorlagen noch einmal in die Fraktionen verwiesen würden.

Herr Mecklenburg weist darauf hin, beim Jugendtreff Wybelsum habe sich das Problem ergeben, dass die 130.000 € nicht auskömmlich gewesen seien. Nach Auskunft der Verwaltung sei es nunmehr nicht nötig einen zusätzlichen Ansatz in den Haushalt 2009 einzusetzen, da die Restfinanzierung gesichert sei.

Herr Bongartz berichtet, in der Fraktionsbesprechung im Zusammenwirken mit der Verwaltung habe sich ergeben, den Dachboden der Musikschule nicht ausbauen zu lassen. Unter der Einbeziehung der AAFÖG würde dieser Ausbau ca. 150.000 € kosten. Eine jetzt vorgeschlagene Alternative und zwar die Nutzung einer Etage der Wallschule hätte die Vorteile, dass die Schule wieder genutzt und die AAFÖG für andere Dinge zur Verfügung stehen würde. Dieses sollte man in die Überlegung mit einbeziehen und gemeinsam darüber nachdenken. Zum anderen schlägt Herr Bongartz vor, nicht die Herderstraße zum Stadtwald auszubauen, sondern einer Straße den Vorrang zu geben, in der viele Leute wohnen würden.

Abschließend regt er an, die Kreditverträge neu zu ordnen, um die günstigen Zinsen möglichst nutzen zu können.

Herr Ammersken beantragt, diese Vorlagen noch einmal an die Fraktionen zu verweisen. Er macht deutlich, dass der zweite Antrag der SPD-Fraktion das Ausgabevolumen übersteigen würde.

Herr Lutz entgegnet, es habe eine politische Zusage gegeben, die in Wybelsum aufgetretenen Mehrkosten zu decken. Sicherlich lässt sich dafür noch eine Möglichkeit finden. Ob jedoch auch im nächsten Jahr dafür entsprechende Reserven vorhanden seien, sei nicht sicher, denn auf einige Auswirkungen habe man keinen Einfluss. Dagegen habe man auf die Organisation der Kredite schon einen Einfluss. Hier könne er feststellen, dass die Stadt Emden diesbezüglich derzeit geordnet sei und bei einem sehr niedrigen Zinsniveau recht gut dastehe. In der Zeit von 2001 bis 2004 habe man in einem relativ großen Maße die Kredite umgeschuldet und das Auslaufen von Kreditverträgen genutzt, diese auf ein relativ niedriges Zinsniveau langfristig umzustellen.

Herr Renken weist darauf hin, dass bezüglich der Zinsentwicklung gerade in den letzten Jahren ein Großteil der Kredite in den Eigenbetrieb BEE übertragen worden seien. Seiner Ansicht nach sollten, wenn Zinsverbilligungen auftreten würden, diese dem Gebührenzahler zugute kommen.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Weiter führt Herr Renken aus, hinsichtlich des Orchestergrabens hätte er jedoch erwartet, dass hier die Verwaltung einen Vorschlag vorlegen würde. Er würde es begrüßen, wenn dieses im Laufe des Jahres durch eine über- oder außerplanmäßige Ausgabe erledigt worden sei und fragt an, ob es eine Chance geben würde, den Spielraum in den Beratungen etwas zu erweitern.

Herr Lutz entgegnet, den Spielraum habe sich die Politik offensichtlich selbst schon ein bisschen ausgedehnt. Bald sei der Spielraum, der ansonsten im Haushalt vorhanden gewesen sei, nicht mehr gegeben. Wenn man sich die Personalkosten ansehe, sei man in den letzten Jahren damit ausgekommen. Auch die Personalkostenerhöhung habe man aufzufangen. Und die Einsparungen durch Nicht- oder Späterbesetzungen von Stellen seien ebenfalls fast aufgebraucht. Durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen seien auch hohe Softwarekosten entstanden. Das neue Röntgengerät im Gesundheitsamt sei ebenfalls u. a. durch Einsparungen im Haushaltsjahr 2008 finanziert worden.

Abschließend gibt Herr Lutz zu bedenken, derzeit gehe man davon aus, dass die Stadt Emden 170 % der Gewerbesteuereinnahmen aus dem Durchschnitt bekommen würden. Doch er könne eine Gewähr dafür, dass dieses auch am Ende des Jahres vorhanden sei, nicht abgeben. Auch werde er sich vorbehalten, Mitte des Jahres 2009 den Rat über die Finanzplanung zu unterrichten.

Herr Jahnke erklärt, er könne den Ausführungen von Herrn Lutz entnehmen, dass erhebliche Risiken auf die Stadt Emden zukämen. Dennoch sei er zuversichtlich, dass die relativ kleinen und bescheidenen Wünsche, die die Fraktionen gerne in die Liste aufgenommen haben wollen, auch in diesem Haushalt berücksichtigt werden könnten. Schließlich würden die Änderungswünsche nur 1 % des Gesamtvolumens betragen.

Herr Bongartz gibt zu bedenken, dass jede Erhöhung auch eine entsprechende Verschuldung bedeute. Bezüglich des Orchestergrabens stimme er Herrn Renken zu, wenn dieses zu einem anderen Zeitpunkt passiert wäre, hätte man dieses mit einer außerplanmäßigen Ausgabe regeln könne.

Herr Lutz ist ebenfalls der Ansicht, dass jedes kleines bisschen Mehr im Haushalt als Verschuldung für die nachfolgenden Generationen zurückkomme. Weiter führt er aus, dass 60 % des gesamten Haushalts Beträge für den sozialen Bereich seien. Wenn man sich die freiwilligen Leistungen im Haushalt anschau, dann liege man zwischen 5 und 10 %. Dabei handele es sich um Beträge, bei denen man sich überlegen müsse, ob man sie tatsächlich wolle. Dabei handele es sich bei den Änderungswünschen nicht nur um dieses 1 %, es seien tatsächlich 10 %, die man beeinflussen könne. Hier habe der Gesetzgeber nicht vorgeschrieben, welche Summen auszugeben seien.

Abschließend bittet Herr Lutz die Fraktionen um genaue und richtige Straßenbezeichnungen, die dann so in den Haushalt übernommen werden könnten.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2012
Vorlage: 15/0888

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 15/0889

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz bezieht sich auf die Vorlage zum Stadionumbau des Barenburger Sportvereins Kickers Emden e.V. und erläutert das als Anlage zur Vorlage beigefügte Luftbild. Er führt aus, der Verein hätte seitens des DFB für die 3. Liga Auflagen erhalten. Der Kostenpunkt dafür betrage 9 Mio. €. Der Verein sei auf die Stadt Emden zugekommen und habe vorgeschlagen, dass sich die Stadt zu einem Drittel daran beteilige und zusätzlich das Grundstück erwerbe. Die Verwaltung sei nach Gesprächen mit dem Verein zu einem anderen Ergebnis gekommen und schlage daher dem Rat vor, eine Stadionsbetriebsgesellschaft zu gründen.

Anschließend erläutert Herr Lutz die geplante Finanzierung. Er betont, die Schwierigkeit seien jedoch die fehlenden 6 Mio. €, die der Verein leisten müsse. Dazu plane der Verein, sich eine Bürgschaft des Landes geben zu lassen, welche bereits durch den Ministerpräsidenten zugesagt worden sei. Voraussetzung sei jedoch, dass eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätige, dass alles auch finanzierbar sei.

Herr Lutz legt ein Deckblatt des ihm vorliegenden Testates vor und stellt fest, er habe sich hierzu die Erlaubnis geben lassen. Auch erwarte er eine Mitteilung, dass er an alle Fraktionen den kompletten Text weitergeben dürfe. Er weist darauf hin, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young ein solches Papier erstellt habe, welches jedoch bisher nur eine Diskussionsgrundlage sei. Auch habe Ernst & Young festgestellt, dass in Deutschland kein Stadion ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand erbaut worden sei. Ohne entsprechende Unterstützung der Stadt Emden werde auch kein Stadionbau in Emden möglich sein.

Herr Bolinius erklärt, ihm seien die Zahlen bisher nicht bekannt gewesen. In einem Gespräch bei Kickers sei ihm am Montag zugesagt worden, dass „alles in trocknen Tüchern“ sei. Jetzt müsse er feststellen, dass dieses Testat noch nicht vorliegen würde. Er mache seine Entscheidung im Rat davon abhängig, ob dieses Testat mit einem Stempel der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young versehen vorliegen werde.

Herr Schulze bittet um Auskunft, ob die Stadt Emden tatsächlich über 25 Jahre lang jährlich einen Zuschuss in Höhe von 685.000 € geben müsse. Seines Erachtens würde dieses Geld dann an anderen Stellen fehlen und müsse z. B. bei den freiwilligen Leistungen eingespart werden.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz führt aus, die städtische Gesellschaft, die das Stadion bezahlen müsse, habe Aufwendungen, die zu entrichten seien. Er erläutert anschließend, wie sich die Summe in Höhe von 685.000 € zusammensetze.

Herr Jahnke erklärt, auch der SPD-Fraktion hätten die Verantwortlichen von Kickers dargelegt, welche Einnahme- und Ausgabeerwartungen hinter dem Gesamthaushalt liegen würden. Selbstverständlich würden auch auf der Einnahmenseite Risiken vorhanden sein. Es erfordere in der 3. Liga einen bestimmten Zuschauerschnitt und ein gewisses Sponsoring, ansonsten sei eine derartige Finanzierung für so einen Verein nicht darstellbar. Auch seine Fraktion erwarte, dass dieser Entwurf zumindest mit einem Siegel versehen werde und möglichst kurzfristig allen Fraktionen zugänglich gemacht werde.

Er fragt an, ob der Verlustausgleich in Höhe von ca. 650.000 € auch zu einem Verlustausgleich im Haushalt führe. Weiterhin bittet er Herrn Lutz bezüglich der Umsatzsteuer um eine klärende Ausführung. Abschließend erkundigt Herr Jahnke sich, was passieren würde, wenn der schlechteste Fall eintreten würde und der Verein keinen sportlichen Erfolg erziele und den laufenden Unterhalt des Stadions nicht mehr bedienen könne.

Herr Lutz erklärt, Ernst & Young habe für den Betrieb des Stadions ca. 560.000 € und für die Unterhaltung 90.000 € angesetzt. Dieses sei eine Verpflichtung, die der Verein tragen solle. Wenn der Verein die Klasse nicht halten könne, gehe er davon aus, dass die Einnahmeerwartung deutlich darunter liegen werde. In diesem Fall würde das Darlehen fällig gestellt werden. Die Stadt Emden werde sich in ihren Verhandlungen darum bemühen, für das Land keine Rückbürgschaften zu übernehmen. Natürlich versuche das Land, hier die Kommune auch noch haftbar zu machen. Seiner Ansicht nach werde dieses hier nicht geschehen, da die Stadt Emden mit einer städtischen Gesellschaft erheblich ins Obligo gegangen sei.

Bezüglich des Umsatzsteuerrechts führt Herr Lutz aus, darüber müsse er noch mit dem Finanzamt verhandeln. Er gehe aber davon aus, dass eine Lösung gefunden werde, sobald ein Endergebnis vorliege.

Abschließend bemerkt er hinsichtlich des Verlustausgleichs, die Gesellschaft nehme ein Darlehen auf, um das Geld zu zahlen. Die Abschreibungen würden nicht in voller Höhe am Anfang liquide werden. Aber es werde das gezahlt werden müssen, was diese Gesellschaft tatsächlich an Tilgungen leiste. Die Zinsen und die Tilgung seien die tatsächlichen Aufwendungen, die dann in den nächsten Jahren geleistet werden müssten.

Herr Bongartz erklärt, auch in seiner Fraktion seien Vertreter von Kickers Emden gewesen und hätten die Zahlen dezidiert vorgelegt. Bezüglich der Beschlussvorlage führt er aus, dieses sei ein Vorratsbeschluss. Er zitiert den letzten Absatz der Begründung, wonach alles nur aufgrund einer Landesbürgschaft denkbar sei. Daher würde sich eine Diskussion eigentlich erübrigen. Wenn sich das Geldinstitut, welches die 6 Mio. € zur Verfügung stelle, das Gutachten von Ernst & Young ansehen und nachvollziehen könnte, dann könne man darauf vertrauen. Und wenn das Land Niedersachsen dann nach einer Prüfung sich dafür verbürge, halte er es für reichlich vermessen, zu sagen, die Stadt Emden habe noch ein paar Bedenken.

Weiter habe er den Eindruck, je näher der Zeitpunkt der Beschlussfassung komme, je größer würden die Bedenken der Ratsmitglieder. Ihm sei bekannt, dass es eine durchaus schwierige Entscheidung sei, mit der sich viele schwer täten. Doch seien solche Entscheidungen bereits einige Male getroffen worden. Er erinnere hier an den Industriepark Frisia, wo der Rat den Mut gehabt habe, diesen Weg zu gehen.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Frau Eilers betont, die Schwere und Art dieser Entscheidung müsse auf jeden Fall Nachfragen und eine Diskussion zulassen. Zudem nehme die Vorlage auch nicht zu allen wichtigen Fragen Stellung. So sei es nicht klar, wie die Modalitäten einer Landesbürgschaft aussehen würden. Auch frage sie sich, ob das vorgelegte Papier verbindlich sei, da es anscheinend doch nur eine Diskussionsgrundlage sei.

Herr Lutz bemerkt, es handele sich hierbei um Zahlen, die Kickers Emden zusammen mit Ernst & Young besprochen habe. Anscheinend gebe es hier noch Diskussionsbedarf. Auch sei es ein übliches Vorgehen, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Abschlussgespräch führen werde.

Hinsichtlich des Inhalts der Bürgschaftsbedingungen bittet er, sich hier an Kickers Emden zu wenden.

Herr Bolinius stellt noch einmal fest, in seiner Fraktion habe man die Abmachung getroffen, dem Vorratsbeschluss nicht ohne Testat und Zusicherung der Landesbürgschaft zuzustimmen. Auch sei es für ihn eine völlig neue Situation, dass die Stadt Emden mit einer Rückbürgschaft rechnen müsse.

Auch **Herr Renken** hält das Thema Rückbürgschaft für höchst interessant, mit dem man sehr sorgfältig umgehen solle. Doch wolle er sich jetzt nicht an irgendwelchen Spekulationen über Zahlen beteiligen. Seine Fraktion habe am morgigen Abend ein Informationsgespräch mit einem Vertreter von Kickers. Er gehe davon aus, dass sich die Situation offenbar von Tag zu Tag ändern könne. Auch sei er der Meinung, dass es schwierig sei, hier eine Entscheidung zu treffen. Auf der einen Seite gehe es um eine gesellschaftliche Sache, auf der anderen Seite habe der Rat auch die Verpflichtung, sorgsam und sparsam mit dem Geld der Steuerzahler dieser Stadt umzugehen. Auch stelle sich die Frage, wann fordere die Kommunalaufsicht die Stadt Emden auf, die freiwilligen Leistungen z. B. im sozialen Bereich einzusparen. In dieser Woche müsse unter einem enormen Zeitdruck eine Entscheidung gefällt werden, da der DFB die Bedingungen setze. Jedoch sei es wichtig, dass die Papiere auf dem Tisch liegen würden, über die das Land anschließend zu befinden habe. Auch sei fraglich, ob Kickers 25 Jahre Profifußball spielen werde. Anfangs sei jedoch auch klar gestellt worden, dass es kein Profi-Stadion ohne einen kommunalen Anteil geben würde. Daher sei dieses eine schwierige Entscheidung.

Herr Lutz bemerkt, in vielen solchen Situationen verlange das Land eine Rückbürgschaft. Doch hier sei es komplett anders, da die Stadt Emden ja selbst ihren städtischen Eigenanteil zahle. Er gehe davon aus, dass man eine Rückbürgschaft ausschließen könne. Bezüglich der Kommunalaufsicht erklärt er, diese werde von ihm hier ständig auf dem Laufenden gehalten.

Herr Jahnke betont, über das Thema Rückbürgschaft werde auch in der Vorlage nicht abgestimmt. Dieses bedürfe dann ohnehin einer völlig neuen Beratung. Bezüglich der Ausführungen von Herrn Bongartz erklärt er, natürlich sei dieses Stadion auch eine Chance wie es schon der Industriepark Frisia gewesen sei. Wenn sich Kickers tatsächlich in der 3. Liga etabliere, werde der Name Emden weit über den nordwestdeutschen Raum bekannt sein. Es müsse jeden Emdener ein Stück weit mit Stolz erfüllen, wenn hier eine Emdener Mannschaft mit einem relativ niedrigen Etat plötzlich in der Sportschau zu sehen sei. Auch er sei der Meinung, dass man nicht den Zwangsabstieg dieses Vereins in Kauf nehmen dürfe.

Dennoch müsse jedes Ratsmitglied das Recht haben, sich am 29.01.2009 frei entscheiden zu können. Der Einwand komme zu Recht, wenn man sagt, es sollte das Gutachten von Ernst & Young für die Ratsentscheidung vorliegen. Auch er halte dieses für wichtig. Da jedoch die Daten soweit zusammengetragen worden seien, stehe dem nichts mehr im Wege. Es werde auch nicht helfen, diese Entscheidung noch ein ganzes Stück weit herauszuschieben, nur weil man

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

die Schwierigkeiten habe, eine Entscheidung zu treffen. Sehr kurzfristig müssten alle 43 Ratsmitglieder sich entscheiden, ob sie diese Chance für Emden ergreifen wollen oder ob sie ihre Prioritäten anders setzen würden.

Weiter führt er aus, dass dieser Weg auch eine ganze Menge Risiken beinhalte, sei nicht wegzudiskutieren. Auch sei es zu respektieren, wenn dieser Weg nicht mitgegangen werden könne. Dennoch hoffe er, dass – wenn die Zahlen soweit vorliegen würden – am 29. Januar mehrheitlich darüber beschlossen werde, um diesen nicht einfachen aber interessanten Weg für Emden gehen zu können.

Herr Schulze bemerkt, er befindet sich in einer Findungsphase und möchte so viele Informationen wie möglich erlangen, um sich dann zu entscheiden. Doch verstehe er nicht, dass 25 Jahre lang jährlich 685.000 € gezahlt werden müssten. Seiner Meinung ergäbe dieses eine Summe von 17,12 Mio. €. Auch der Hinweis bezüglich der Rückbürgschaft seitens der Stadt sei ihm neu gewesen. Er stellt Herrn Lutz die Frage, was im schlimmsten Fall passieren könne.

Herr Bolinius betont, es dürfe hier kein falscher Eindruck entstehen. Seine Fraktion habe Kickers von Anfang an immer positiv begleitet. Doch man wolle sich nicht auf eine Zeitschiene schieben lassen. Noch am Montag sei ihm gesagt worden, es würden alle Unterlagen vorliegen. Heute habe man gehört, dass es noch kein Testat geben würde. Wenn ihm die Unterlagen nicht vorgelegt würden, könne er aus der jetzigen Sicht der Vorlage im Rat nicht zustimmen.

Herr Götze kann die Ausführungen von Herrn Schulze nachvollziehen. Hätte man diese Entscheidung vor einem Jahr fällen müssen, wäre sie mit Sicherheit anders ausgefallen, da die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise den Kommunen noch schwer zu schaffen machen werde. Seiner Meinung nach werde die Stadt Emden durch die fehlenden Gewerbesteuererinnahmen noch riesige Probleme bekommen. Auch würden die Ausgaben besonders im Hinblick auf die IGS und die Kosten bezüglich von Wohnungen und Heizung ansteigen. Auch wisse man nicht, wie sich die Steuervorauszahlungen tatsächlich entwickeln würden. Ebenfalls beinhalte die Finanzierung des Stadions eine Menge Risiken, die noch nicht abzuschätzen seien wie z. B. die Zuschaueranzahl. Er könne seine Zustimmung zu dieser Vorlage nicht geben, da viele Dinge unsicher seien.

Frau Eilers stellt fest, fast alle hätten ihrer Unsicherheit Ausdruck verliehen und bemerkt, in der Presse sei zu lesen gewesen, dass der Geschäftsführer der Firma RETEK, Herr Knode, ange-regt habe, das Konjunkturprogramm II zu prüfen, ob hier eine Finanzierung auf diese Art und Weise möglich wäre.

Herr Lutz erklärt, auch seitens des NDR sei hinsichtlich dieser Anregung gefragt worden. Er habe geantwortet, er mache sich auch keine Gedanken über das Geschäft sowie die Einnahmen und Ausgaben von Herrn Knode. Er habe nichts dagegen, wenn sich Emders Bürger hinsichtlich ihrer Steuern äußern würden. Er stelle sich jedoch die Frage, ob es sich hierbei um eine Entscheidung handle, die in Emden oder in einer anderen Kommune entschieden werden müsse.

Weiter stellt Herr Lutz fest, ob die zu treffende Entscheidung richtig und falsch sei, könne erst in einigen Jahren festgestellt werden. Dennoch würden in spätestens fünf Jahren Menschen in dieser Stadt sagen, dass dieses die falsche Entscheidung gewesen sei. Man müsse respektieren, dass es Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen geben würde. Aber trotzdem würde nunmehr eine Entscheidung zu treffen sein.

Anschließend erläutert Herr Lutz noch einmal, wie sich die 685.000 € über 25 Jahre lang zusammensetzen würden. Auch habe er darauf geachtet, dass er keinen Best Case und keinen

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Worst case, sondern nur den Durchschnitt aufgeschrieben habe. Wenn der Verein in Konkurs gehen sollte, gäbe es verschiedene Optionen. Auch müsse das Land, wenn das Darlehen nicht bedient werde, bezahlen. Im Hinblick auf die Rückbürgschaft erklärt Herr Lutz, dass er den Rat unverzüglich darüber informiere, wenn diese Forderung vom Land Niedersachsen kommen sollte.

Er bittet den im Publikum anwesenden Vize-Präsidenten des BSV Kickers, Herrn Günter Kunz, um Erlaubnis, das vorhandene Diskussionspapier der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young an alle Ratsmitglieder weiterzugeben.

Herr Kunz stimmt dem zu.

Abschließend stellt **Herr Lutz** fest, er gehe davon aus, dass der BSV Kickers bei einem Verstoß gegen die Auflagen des DFB einen ordentlichen Punkteabzug erhalten werde.

TOP 9 Anfragen

Auf die Bitte von **Herrn Bolinius**, alle außerplanmäßigen Ausgaben in 2008 in einer Summe aufzulisten, entgegnet **Herr Lutz**, dieses sei dem Protokoll der letzten Sitzung zu entnehmen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.